

multinationale Unternehmen, ihre eigenen Versionen der Verhaltensrichtlinien zu entwickeln. Für Arbeiterorganisationen wie CCC ist dies eine willkommene Entwicklung, die zeigt, dass multinationale Firmen zögernd ihre Verantwortung anerkennen. Dennoch bleibt immer die Frage der Ausführung. Ein Unternehmenskodex kann perfekt die Rechte der Arbeiter bis in alle Einzelheiten darstellen, aber deren Realisierung in einer entlegenen Fabrik in Thailand beispielsweise ist ein ganz anderes Thema. Im Falle von adidas wurde ein eigener sogenannter *Standard of Engagement* (SOE) entwickelt, in welchem die Respektierung grundlegender Arbeiterrechte von ihren Geschäftspartnern erwartet wird. Den-

noch landete Frau Bawardi im Gefängnis.

Die Herausforderung für CCC ist jetzt, multinationale Unternehmen zu engagieren, unabhängige Beobachter einzusetzen, um ihre Verhaltenskodizes zu überwachen. In einer Region wie Südostasien mit ihren verwickelten sozio-kulturellen, politischen und ökonomischen Realitäten, ist diese Aufgabe entmutigend. Doch durch die Nord-Süd-Solidarität zwischen den ausgebeuteten Arbeitern auf der einen und die Arbeiterrechtsbewegung auf der anderen Seite kann diese bewältigt werden.

Am Tag nach Frau Bawardis Festnahme sandte SISBIKUM, die indonesische Gewerkschaft, zu der sie gehört, ihre Geschichte an das inter-

nationale Sekretariat von CCC in Amsterdam, welches sofort über das Internet Einspruch erhob. Eine Flut von »Notfallaktionen«-e-Mails an adidas-Salomon-Büros folgte und zwang das Unternehmen, eine Erklärung zum Bedauern der Verhaftung abzugeben und zu versichern, den Fall genauer zu untersuchen. Dies wird in Frau Bawardis Fall vielleicht nicht helfen, aber multinationalen Unternehmen sicherlich bewusst werden lassen, dass die Arbeiter in Südostasien und anderswo in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen nicht allein sind.

Der Text wurde von Ulrike Bey aus dem Englischen übersetzt.

Präsidenten als nationale Sicherheitsrisiken

Folgt Wahid Estrada in den politischen Orkus?

Der erst seit Oktober 1999 amtierende indonesische Präsident Abdurrahman Wahid gerät ins Straucheln. Straßenproteste verhalten dem langjährigen Vorsitzenden der einflussreichen muslimischen Organisation Nahdlatul Ulama nach über 30-jähriger Suharto-Diktatur zum Amtsantritt. Heute erschallt der Ruf nach seinem Rücktritt. Das Parlament hatte Wahid bereits Ende April 2001 zum zweiten Mal wegen Korruptionsvorwürfen gerügt. Ende Mai nun wird in Jakarta im Parlament erneut über ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten durch die Beratende Volksversammlung, das höchste Organ der Legislative, entschieden: Angeblich soll Wahid, der dies kategorisch bestreitet, gar von inszeniertem Theater eines Kindergartens sprach und einer

»Front zur Verteidigung der Wahrheit« unterstützt wird, umgerechnet zirka sechs Millionen US-Dollar von der staatlichen Logistikbehörde »Bulog« und an Zuwendungen des Sultans von Brunei eingestrichen haben. Was unter Suharto »Peanuts« gewesen wären, kann heute dem Land neben einer latenten Staatskrise zusätzlich eine akute Regierungskrise bescheren.

Verschwindet nach dem philippinischen Ex-Schauspieler-Präsidenten Joseph Estrada nunmehr auch sein benachbarter Amtskollege im politischen Orkus? Einiges spricht dafür, wenngleich beide Personen unterschiedlicher kaum sein könnten. Estrada war ein Zögling der Marcos-Diktatur und setzte wie sein Mentor in Zeiten innenpolitischer Krisen auf den »totalen Krieg« gegen seine politi-



von Rainer Werning

schen Gegner. Wahid hingegen entstammt einer angesehenen Gelehrtenfamilie und favorisiert zivile Umgangsformen und Dialog, um Krisen zu entschärfen. Estrada verfiel sich im Gestrüpp elitärer Vetterwirtschaft und führte am Ende seiner nur zweieinhalbjährigen Amtszeit die Staatsgeschäfte in mafioser Manier. »Erap für die Armen«, des Präsidenten Lieblingslogan in besseren Zeiten, ebnete anstelle der Marginalisierten früheren Spießgesellen des Marcos-Regimes (1966-86) erneut den Weg zu politischen Ämtern und Pfründen. Wahid war ein taktisch versierter Widersacher des Terrorregimes und darauf bedacht, dessen katastrophales wirtschaftliches, soziales und politisches Vermächtnis zu beseitigen. Nirgendwo sonst sind in so kurzer Zeit so viele Menschen pauperisiert

und durch interethnische Konflikte ins Elend gestürzt worden, wie das in Indonesien seit dem Suharto-Rücktritt vor drei Jahren der Fall ist.

Die offenen und verdeckten Methoden der Destabilisierung

Wenngleich Wahid Umbesetzungen an der Spitze der Streitkräfte erwirkte, gegen Offiziere sowie Mitglieder des Suharto-Clans wegen Menschenrechtsverletzungen und Veruntreuung von Staatsgeldern ermitteln ließ (was Estrada nicht im Traum eingefallen wäre), verfügen die Sachwalter des ancien régime nach wie vor über ein Arsenal offener und verdeckter Destabilisierungsmethoden. Vor allem die erstarkten Unabhängigkeitsbestrebungen in Aceh, Westpapua (Irian Jaya) und den Molukken arbeiten den Militärs und von ihnen tolerierten paramilitärischen Banden in die Hände. Sie verweisen auf den drohenden Zerfall des Zentralstaates und präsentieren sich als dessen einzig intakte Instanz zur Wahrung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung. Unabhängig von Wahids exzentrischem, streckenweise — wohl auch krankheitsbedingt — unberechenbarem Amtsstil besteht sein eigentliches Dilemma darin, dass er in prekären Zeiten wie diesen nicht auf Dauer gegen das Militär, dieses freilich sehr wohl ohne ihn regieren kann. Das musste er vor allem in den vergangenen Tagen erfahren. Sollte man ihn absetzen wollen, erklärte der Präsident, erwäge er die Ausrufung des Notstands und würde das Militär anweisen, entsprechend zu handeln. Doch warum sollte dieses ausgerechnet für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen? Zwischenzeitlich unternahm Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri, den Mythos ihres Staatsgründer-Vaters im Rücken, eigene Avancen. Sie, die sich niemals kritisch über das Militär und deren Rolle geäußert hatte, traf mehrfach mit Armeekommandeuren zusammen, um sich des Rückhalts zu vergewissern, sollte sie Wahid im Amt ablösen. Damit wäre wiederum das Militär aufgewertet: Kein gutes Omen, mit dessen Hilfe die komplexen Probleme auf dem Archipel zu lösen.

Estrada hingegen erlebte bereits, was vor ihm keinem philippi-

nischen Präsidenten widerfuhr: Ende Juni 1998 euphorisch in den Präsidentenpalast zu Manila eingezogen, musste er Mitte Januar 2001 unzereemoniell durch dessen Hintertür entweichen. Massendemonstrationen und die Abkehr hochrangiger Sicherheitskräfte von ihrem Oberkommandierenden besiegelten sein vorzeitiges politisches Aus. Schockierend für viele Filipinos, den kürzlich noch obersten Repräsentanten des Staates und ihr einstiges Idol nunmehr wegen »wirtschaftlicher Plünderung« in U-Haft sitzen zu sehen. Bereits nach gut 100 Tagen im Amt wurde die neue Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo von den in den Medien des Landes zum Unheil bringenden Mob hochstilisierten »masa« (Massen) herausgefordert, die mit Haumessern Estradas Comeback erzwingen wollen.

Die Büchse der Pandora

Hinter den gewaltsamen Demonstrationen zogen die noch immer agilen inner- wie außerparlamentarischen Restposten der Marcos-Ära die Strippen. Sie sehen in Arroyo ein illegitimes Staatsober-

haupt, wittern, wie Juan Ponce Enrile (unter Marcos Verteidigungsminister), Gregorio Honasan und Ex-Polizeichef Panfilo Lacson, Morgenluft und spekulierten nicht zu Unrecht auf ein gutes Abschneiden ihrer Günstlinge der *Pwersa ng Masa* (Macht der Massen)-Koalition bei den Kongress- und Kommunalwahlen. Tatsächlich öffnete die Präsidentin mit der Festnahme ihres Vorgängers vor den Wahlen am 14. Mai 2001 und der zeitweiligen Ausrufung des Notstands die Büchse der Pandora. Das ihr nahestehende *People Power Coalition*-Wahlbündnis musste eine Schlappe hinnehmen, die Arroyo jetzt durch Scharwenzeln ihres prominentesten Häftlings wettzumachen sucht. Eine Farce; das Eigentliche, die überfällige Aufarbeitung der Marcos-Ära, droht im traditionellen Politikaster unterzugehen und die Lage auf Dauer zu destabilisieren.

Kurzum: Schwere Zeiten auch für (Vize-)Präsidentinnen — zumal wenn Kräfte des Alten in Verbindung mit dem Militär eine dringend notwendige neue Politik konterkarieren.

(Anm. der Red.: Das Manuskript wurde am 25.05.2001 abgeschlossen)

